

Die Suche nach der Seele

Die Grundsatzdebatten der Regierungsparteien, die neue Rolle der Opposition und die große Chance des Parlaments

Die Große Koalition will offenbar nicht nur regieren, sondern auch noch das Geschäft der Opposition übernehmen. Anders ist nicht zu erklären, dass CDU wie CSU und die SPD sich an neuen Grundsatzprogrammen oder wenigstens Grundsatzdiskussionen versuchen. Dabei gilt es als ungewöhnlich riskanter Schritt, zeitgleich zur alltäglich-pragmatischen Regierungsarbeit auch noch über Visionen und Grundwerte der künftigen Politik zu diskutieren. Die Strafe kann hoch sein: zusätzliche interne Spannungen, erhöhte Unglaubwürdigkeit, öffentliche Hämee.

Die beiden Regierungsparteien wagen es trotzdem, wohl weil ihre Not groß ist. In den vergangenen Jahren haben beide - die eine beim Regieren, die andere beim Opponieren - ihre soziale Seele verkauft. Die SPD mit Gerhard Schröders Agenda-Politik, die CDU mit ihrem inhaltlichen Kurswechsel hin zu einer Marktradikalität, die Forderungen nach Steuererklärungen auf einem Bierdeckel und die Idee der Kopfpauschale in der Krankenversicherung hervorbrachte.

Jetzt suchen die Regierungsparteien ihre Seele und wissen auch warum: Denn im Regierungsprozess sind die beiden Volksparteien zu Großparteien geschrumpft - wie zuletzt bei den Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ?, jetzt sollen Grundsatzdebatten neue Wege zeigen.

Wie schwierig das wird, ahnen alle, die sich daran erinnern, wie kühl Kanzler Schröder seine Agenda-Politik präsentierte und umsetzte. Oder alle, die noch wissen, wie verächtlich ein CDU-Parteitag mit Norbert Blüm umsprang, der ahnte, wie tief die Verluste werden, wenn seine Partei das Soziale opfert. Denn: Das Soziale wegzusprennen ist für die Union nicht weniger gefährlich als für die SPD, entspringt doch der deutsche Sozialstaat mindestens so sehr der katholischen Soziallehre und christlicher Nächstenliebe wie linkem Gedankengut.

Die ersten Akzente sind gesetzt: Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck will die Leistungsträger wieder für seine Partei gewinnen. Vorsichtshalber hat er nicht gesagt, wen er damit genau meint. Bei der CDU steht der neue Programmtitel bereits fest - »Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit« ?, und Jürgen Rüttgers, CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, will - in einem furiosen Auftakt - sogar die Lebenslügen seiner Partei zerschlagen. Dazu zählt er auch die These, dass niedrige Unternehmenssteuern mehr Investitionen und in Folge mehr Arbeitsplätze bringen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Einer der mächtigsten CDU-Ministerpräsidenten holzt so nebenbei einen der Eckpfeiler jener Basis-Philosophie um, auf die sich in Berlin seit vielen Jahren nicht nur die CDU und die CSU, sondern auch die SPD, die Bündnis-Grünen und die FDP - mal mit mehr und mal mit weniger Inbrunst - berufen. Und Dieter Althaus, CDU-Ministerpräsident von Thüringen, legte ein erstes Konzept für die Einführung eines Bürgergeldes vor; auch das könnte sich noch als ein politischer Sprengsatz für die Debatten über die künftige Sozialpolitik erweisen.

Verglichen damit lebt die parlamentarische Opposition von ihrer Routine - und dies mehr schlecht als recht. Die FDP hat ihr Aktionsfeld nach und nach etwas ergänzt, konzentriert sich also nicht länger ausschließlich auf ihre marktradikalen Ansätze, sondern pflegt wie einst in den 1970er- und frühen 1980er-Jahren auch das Thema Bürger- und Menschenrechte, Friedenspolitik

eingeschlossen. Die Grünen hielten schon Anfang September einen Zukunftskongress ab, ohne dass auf ihm oder danach eine Korrektur am Kurs vorgenommen wurde. Und die Linkspartei ist unverändert damit beschäftigt, aus der ostdeutschen PDS und der westdeutschen WASG eine Partei zu machen. Was droht, wenn ihr dies missglückt, zeigen die Wahlen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern - die Linke schwächt sich durch Spaltung. So wurstelt die Bundes-Opposition vor sich hin, und kein Hahn kräht nach ihr.

Bleibt die Frage: Wie kann sich in der Politik noch etwas ändern? Eine mögliche Antwort: Indem sich die Abgeordneten von ihren Fraktionszwängen befreien und neue Perspektiven suchen. Gerade in Zeiten einer Großen Koalition mit einer satten Mehrheit für die Regierung gibt es für Abgeordnete keinen Grund, sich nicht mutig und unkonventionell in das politische Geschäft zu stürzen. Warum gibt es keine fraktionsübergreifende Initiative zum Thema Mindestlohn? Oder zum Thema Bürgergeld? Oder einen Antrag auf eine große Bundestagsdebatte - nicht nur eine kleine Aktuelle Stunde - über die Thesen von Jürgen Rüttgers und die richtigen oder auch falschen Grundsätze der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik der Regierungen Schröder und Merkel? Oder eine Debatte über Sinn und Unsinn des Verkaufs von Bahn und öffentlichen Wohnungen? Oder einen fraktionsübergreifenden Antrag, über plebiszitäre Elemente die politischen Rechte der Bürger zu stärken? Zu all diesen Themen gehen die unterschiedlichen Meinungen quer durch alle Fraktionen. Fraktionsübergreifende Initiativen würden das Parlament stärken, dessen Schwäche den eigentlichen Verlust des Politischen ausmacht.

Ziemlich illusionär? Ja, ziemlich illusionär. Denn für solche Initiativen müssten sich die Mitglieder der Regierungsfractionen als Kontrolleure der Regierung verstehen und nicht vor allem als deren Vollstrecker. Und alle Parlamentarier müssten sich als eigene politische Persönlichkeiten sehen und nicht als Leute, die im Zweifel erst nach den Fraktionsoberen schielen. Insofern könnte der Traum von neuen fraktionsübergreifenden Initiativen durchaus als Illusion enden. Dass jedoch der Weg zwischen parlamentarischer Wirklichkeit und neuen Initiativen schon mit einem Quäntchen Mut zurückgelegt werden könnte, zeigt auch, was in diesem demokratischen System noch an Innovationspotenzial und Zukunftskraft steckt.